

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## Die Weiterentwicklung aus innenpolitischen Prestige Gründen nicht versperren

Informationsabend des Bürgerkomitees für ein lebensfähiges Liechtenstein mit Manfred Brunner, Rechtsanwalt und früherer Kabinettschef des EG-Binnenmarktkommissars

(mö) – Angesichts einer neuen europäischen Wirklichkeit ist ein liechtensteiner Sonderweg durchaus möglich, wenn man ihn nur haben will. Diese schon von alt Regierungschef Dr. Walter Kieber vertretene Meinung teilt und bekräftigt der Münchner Rechtsanwalt Manfred Brunner, der am Mittwochabend auf Einladung des «Überparteilichen Bürgerkomitees für ein lebensfähiges Liechtenstein» in einem Vortrag der Frage nachging, ob es für Liechtenstein eine Alternative zum EWR gibt. Mit sichtlichem Erstaunen vernahmten die über 300 Besucher der Informationsveranstaltung im Vaduzer Saal, dass die EG ursprünglich mit einem Antrag Liechtensteins für ein Sonderabkommen rechnete und einen Sonderweg auch offeriert hätte. Die Regierung wollte davon jedoch nichts wissen, weil man – so Brunner – offenbar demonstrieren wollte, dass Liechtenstein ein Faktor in Europa sei, der auf die «Gnade einer Sonderregelung» nicht angewiesen sei.

Namens des Bürgerkomitees umriss Vorstandsmitglied Dr. Gert Risch einleitend in kurzen Zügen dessen Haltung in der EWR-Frage: «Wir wollen uns in Übereinstimmung mit einer überwältigenden Mehrheit unseres Volkes die Standortvorteile unseres Landes erhalten. Wir bauen auf die bewährte und sehr geschätzte Partnerschaft mit der Schweiz. Dabei geht es gleichermassen um den Ausbau der Lebensqualität wie um die komfortable wirtschaftliche Son-

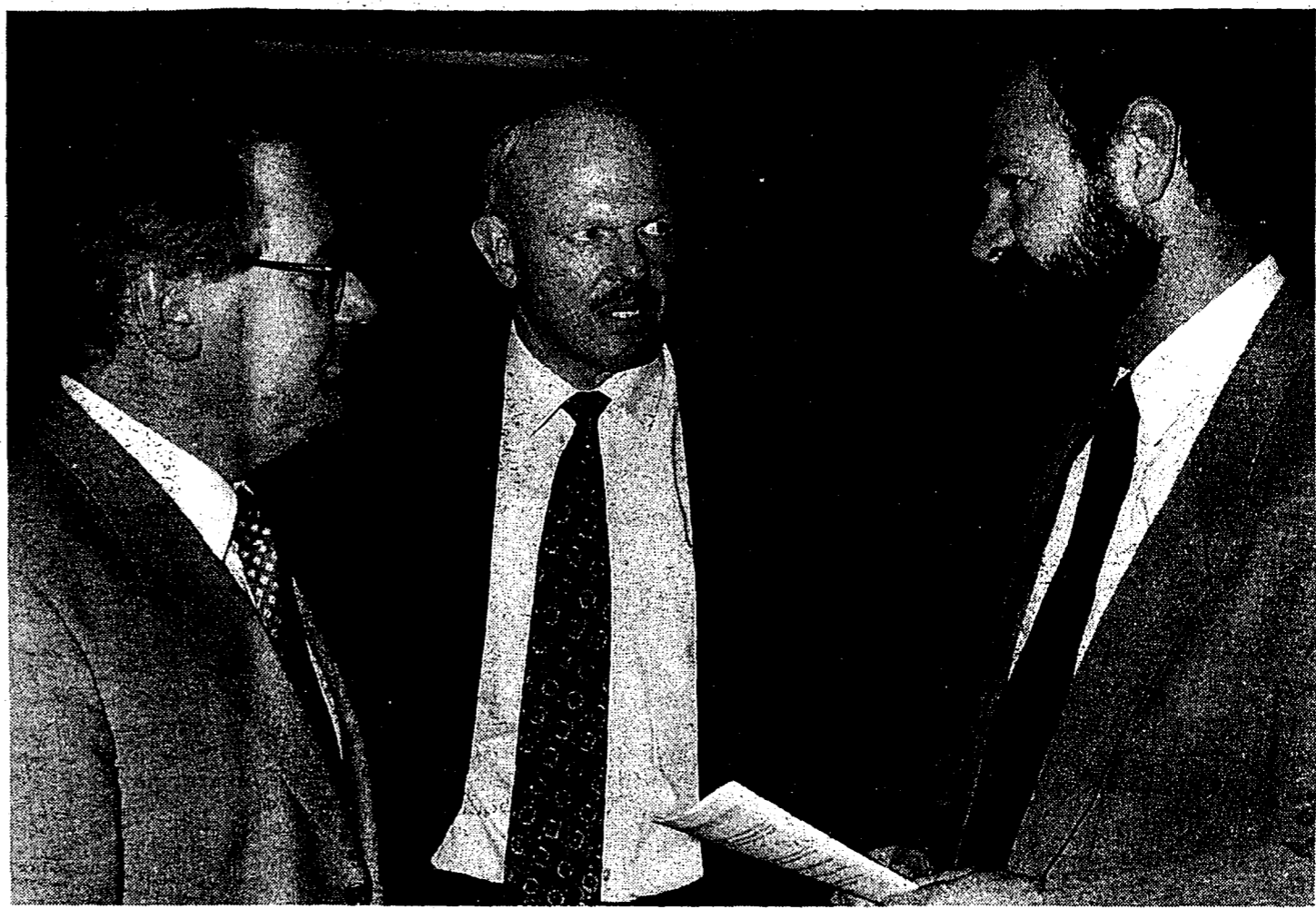
derstellung. Wir wollen nicht, dass die bisher längeren Spiess für Industrie und Gewerbe auf das europäische Mass verkürzt werden. Deshalb sind wir für ein Nein bei der kommenden Abstimmung, auch wenn die Schweiz dem EWR beitreten sollte».

Nach Auffassung des Bürgerkomitees «erschlägt» uns der EWR aufgrund unserer Kleinheit in drei von vier Freiheiten: Liechtenstein würde den freien Personenverkehr (Überfremdung), den freien Kapitalverkehr (Ausverkauf des Bodens) und den freien Dienstleistungsverkehr (gnadenlose Konkurrenz) nicht verkraften. Die Schutzklauseln würden uns nicht schützen, wahrscheinlich nicht einmal kurzfristig. Was das Komitee hingegen vor allem für unseren Handel und die Industrie wolle, sei der freie Warenverkehr.

### Frage des politischen Willens

Der Beitritt zum EWR wäre der richtige Hebel zum Strukturwandel, führte der Referent Manfred Brunner aus, sofern man in Liechtenstein vorhabe und es als realistisch einschätze, die Grundlagen des Bruttosozialproduktes und des Steueraufkommens zu verschieben und weniger auf Sitz- und Holdingfirmen und auf Banken, sondern mehr auf die heimische, sich dann zunehmend europäisierende Industrie zu setzen. Wollte man etwas anderes sein als die Industrie-

(Fortsetzung auf Seite 3)



Diskussionsrunde im Anschluss an in die Informationsveranstaltung zur Frage: Gibt es für Liechtenstein eine Alternative zum EWR? Im Bild Referent Manfred Brunner (links) zusammen mit Dr. Gert Risch (Mitte), Vorstandsmitglied des Bürgerkomitees für ein lebensfähiges Liechtenstein, und Dr. Ernst Walch, FBP-Fraktionssprecher im Landtag. (Bild: Beat Schurte)

## Der Landtag tagt in der nächsten Woche

Der Landtag tritt am kommenden Mittwoch und Donnerstag zu seiner letzten Sitzung der Mandatsperiode 1989 bis 1993 zusammen. Das Traktandum umfasst insgesamt 45 Tagesordnungspunkte, wobei wiederum verschiedene Gesetzesvorlagen der Anpassung an das EWR-Recht dienen. Traditionsgemäss befasst sich der Landtag in seiner letzten Jahressitzung jeweils mit der Festlegung des Budgets sowie mit der Finanzplanung für die kommenden fünf Jahre.

Am Schluss der Sitzung wählt der Landtag den fünfköpfigen Landesauschuss, der während der Schliessungszeit des Landtags die wichtigsten Geschäfte erledigt. Im Februar 1993 finden bekanntlich Neuwahlen statt, die zu einer teilweisen Neubesetzung des Parlaments führen werden.

### GPB-Bericht über Pensionskasse

Für das grösste Aufsehen dürfte in der kommenden Landtagssitzung der Bericht der Geschäftsprüfungskommission über die Gewährung von Darlehen durch die Pensionskasse für das Staatspersonal an Versicherte sorgen. Der GPB-Bericht war von der FBP-Fraktion gefordert worden, nachdem ein Regierungsbericht zur Vergabe eines Darlehens von 950 000 Fr. aus der Pensionskasse keine befriedigende Antwort gegeben hatte. Inzwischen haben sich auch Regierungsmitglieder über die Behandlung dieses Antrags unterschiedlich in der Öffentlichkeit geäussert, so dass die Erwartung in der Öffentlichkeit besteht, dass der GPB-Bericht endlich Klarheit verschaffen wird.

### Kreditgewährungen und Budget

Neben den EWR-Anpassungsgesetzen hat sich der Landtag auch mit einer Reihe von Finanzvorlagen zu beschäftigen, vor allem mit dem Budget 1993 und der Finanzplanung 1993 bis 1997. Die Regierung legte aber auch Vorlagen über den Staatsbeitrag an die Invalidenversicherung und über den Wirtschaftsförderungsfonds sowie über die Ausrichtung von Teuerungszulagen an das Staatspersonal vor. Ausserdem erhielt der Landtag einen Antrag über die Gewährung von Nachtragskrediten sowie für einen Verpflichtungskredit für die Neugestaltung der Post Ruggell.

## Zu viele Nein bedeuten ein falsches Signal

Vortrag von alt Regierungschef und Landtagspräsident Dr. Gerard Batliner vor dem Liechtenstein-Institut

(G.M.) – «Liechtenstein am Scheideweg» lautete der Titel des Vortrags von Dr. Gerard Batliner, den er am Mittwochabend am Liechtenstein-Institut als Abschluss einer EWR-Vortragsreihe hielt. Der frühere Regierungschef und Landtagspräsident bekannte sich in seiner persönlichen Schlussklärung für ein Ja zum EWR-Abkommen und betonte auch, dass er im Falle eines schweizerischen Nein ebenfalls ein Ja in die Urne werfen werde. Er begründete sein Verhalten damit, dass bei einem Nein in der Schweiz zuviele Liechtensteiner ebenfalls ablehnen könnten und somit «ein künstlich höher liechtensteinerischer Nein-Stimmenanteil» herauskommen könnte: «Das aber könnte ein falsches Signal bedeuten für Brüssel wie für unsere Regierung und uns das notwendige Miteinandergehen mit der Schweiz erschweren.»

Der Referent ging von quantitativen Umfang des zu übernehmenden Europarechts aus und zeigte anschliessend die Alternativen zum EWR auf. Dann befasste er sich mit dem Baudenbacher-Gutachten und den Sitzgesellschaften, streifte die Freizügigkeit und die Probleme des Grundverkehrs sowie den Wirtschaftsstandort Liechtenstein. In einem letzten Teil fragte er «Welchen Staat wollen wir – oder wollen wir den Staat?»

### «Vierter Weg» – Hoffnungen und Wünsche

Die bisher bekannt gewordenen vertraglichen Modelle, als Alternativen zum EWR-Abkommen, eignen sich nach Darstellung von Dr. Gerard Batliner nicht für Liechtenstein, das eine andere wirtschaftliche Struktur als San Marino oder Andorra aufweise. Er glaubt auch nicht daran, dass die EG bereit sei, ihren Binnenmarkt zu einem günstigeren Tarif als dem eigenen zu öffnen. Der «vierte Weg» entpuppt sich nach seiner Auffassung bei näherer Betrachtung «eher als ein Sammelsurium von Wünschen und Hoffnungen aus liechtensteinerischer Optik denn als echte europapolitische Option.» Die einzige gewisse Alternative, betonte er, sei die Nicht-Mitgliedschaft im EWR.

### Herausforderung für Liechtenstein

Nach Darlegungen über den Wirt-

schaftsstandort Liechtenstein, die er durch zwei Liechtensteiner und zwei hier wohnhafte Ausländer machen liess, befasste er sich mit der Frage der Staatlichkeit Liechtensteins im Integrationsprozess. Sogar für die Schweiz, bemerkte er, werde das «Draussenbleiben» ungemütlich. Umso mehr aber werde Liechtenstein gefordert: «Unsere Staatlichkeit wird entweder im sich formierenden Europa durch Zugehörigkeit erhalten oder sie geht auf die Dauer verloren.» Unser Land hat nach seiner Ansicht zwar den Einstieg durch die Mitarbeit in der KSZE, den Beitritt zum Europarat und zur UNO geschafft, doch plagten Liechtenstein derzeit gewisse Selbstzweifel. Er sprach sich für mehr Mut in der jetzigen Auseinandersetzung aus, denn: «Wenn die Mitwirkung in fortschreitender Integration nicht zu verkraften ist, schaffen wir noch viel weniger den sog. «liechtensteinischen Weg».

### An den Nachbarn orientieren

In seinen Schlussbemerkungen forderte Dr. Gerard Batliner dazu auf, die «Welt weniger von unserem Iglu aus betrachten, sondern diesen auch von aussen in unser Blickfeld nehmen». Ausserdem rief er dazu auf, uns an den Nach-

barn zu orientieren: «Wenn die Schweiz, in deren unbewegter östlicher Nische wir beschützt und doch frei waren, sich auf den Weg macht, sollten wir als selbständiges, aber kleines Staatswesen in ihrer Nähe bleiben. Das gibt uns Sicherheit bei mancher Unsicherheit». Dr. Gerard Batliner glaubt auch nicht daran, wenn sein Blick vom Hinterschellenberg auf die Region schweift, dass Liechtenstein mit seiner potenten Wirtschaft unter das Netz der Region herunterfällt.

### Ja bei einem Nein der Schweiz

Sein ganz persönliches Schlusswort lautete, dass er auch ein Ja einwerfen werde, wenn die Schweiz den EWR-Vertrag abgelehnt habe. Er möchte damit dem Resultat entgegenwirken, dass Liechtenstein einen zu hohen Nein-Stimmenanteil aufweise, was ein falsches Signal für Brüssel und für unsere Regierung bedeuten könnte. In der Diskussion präziserte er, dass bei einem Nein der Schweiz und einem Ja Liechtensteins das Staatsoberhaupt nicht unbedingt den EWR-Vertrag unterzeichnen müsse.

«Doch dies ist nach seiner Auffassung nicht das Problem, sondern: «Was macht die Regierung bei 80 Prozent Nein-Stimmen?»



Den Abschluss der EWR-Veranstaltungen am Liechtenstein-Institut bildete der Vortrag von alt Regierungschef und Landtagspräsident Dr. Gerard Batliner zum Thema «Liechtenstein am Scheideweg». (Bild: Beat Schurte)

## EWR: Massen mobilisiert

Zürich/Bern (AP) Die EWR-Abstimmung vom kommenden Sonntag mobilisiert die Massen der Stimmberechtigten. Die Stimmbüros grösserer Städte verzeichnen eine rekordverdächtige Flut vorzeitig abgegebener Stimmen, wie eine AP-Umfrage vom Donnerstag zeigte. Eine Stimmbeteiligung um 70 Prozent wurde nicht ausgeschlossen. Auch die Auslandschweizer beteiligen sich rege am Urnengang.

Allein die vorzeitig abgegebenen Stimmen ergäben in mehreren Städten «normale» Stimmbeteiligungen in der Grössenordnung von 40 bis 50 Prozent, wie die Umfrage zeigte. Das Stimmregisterbüro der Stadt Bern erhielt bis Donnerstag rund 35 000 Stimmcouverts, was allein eine Gesamtbeteiligung von etwa 38 Prozent entspräche, wie es auf Anfrage hiess. Das bisherige Maximum per Post abgegebener Stimmen wurde in der Bundesstadt mit rund 26 000 bei der Neat-Abstimmung vom vergangenen September erreicht. In St. Gallen hatten bis am Donnerstag rund 17 000 Stimmberechtigte ihre Stimmen abgegeben, was einer Beteiligung von 37 Prozent entspräche. Auf gar rund 50 Prozent kam das Stimmbüro der Stadt Solothurn, wo bisher rund 4900 der insgesamt 11 000 Berechtigten ihre Stimmen abgaben; auch hier wurde der bisherige Rekord von rund 4000 Stimmen klar gebrochen.

### Unsere zusätzlichen Öffnungszeiten im Dezember

Montag 7./ 14. und 21. Dez.  
13.30 - 18.30 geöffnet  
Dienstag 8. Dezember  
Sonntag 13. und 20. Dez.  
13.00 - 17.00 geöffnet

Modenaus  
Hannelore

Im Zentrum Kaufin 9494 Schaan